

Langes Treffen mit dickem Ende

Die UBS-Aktionäre haben dem Verwaltungsrat der Grossbank an der Generalversammlung zwar nur in einem Punkt eine Abreibung verpasst. Das Nein zur Décharge für das Jahr 2007 ist jedoch ein Sieg mit Symbolcharakter und lässt den Optimismus der Führung jäh verfliegen.

Nach siebeneinhalb Stunden der Höhepunkt: Nachdem die Aktionäre Verwaltungsrat und Konzernleitung für die Jahre 2009 und 2008 deutlich entlastet haben, verweigern sie die Décharge für 2007. Die mit starkem Applaus bedachten 52,75 Prozent Neinstimmen bedeuten, dass die in jenem Jahr verantwortlichen Manager, darunter Marcel Ospel, Peter Wuffli, Marcel Rohner und Peter Kurer, weiterhin persönlich verklagt werden können. Die Anlagestiftung Ethos verlangt das denn auch Minuten später vom aktuellen Verwaltungsrat. Dessen Präsident Kaspar Villiger bleibt indes dabei, dass es keinen Anlass zu Klagen gebe. In diesem Nein kurz vor Schluss der Generalver-

sammlung – dem einzigen des ganzen Tages – entlädt sich der ganze Frust der Aktionäre.

Sieben Stunden zuvor: 4728 Aktionäre, die fast 1,7 Milliarden und damit rekordhohe 64,6 Prozent der Aktienstimmen vertreten, hören in der Basler St. Jakobshalle, wie Versammlungsleiter Villiger «mit Freude und Stolz» von einem Geschäftsjahr 2009 spricht, in dem die UBS «viel erreicht hat».

«Trommelfeuer an Kritik»

Die Grossbank sei stabil, gut kapitalisiert, habe Bilanz und Risiken markant reduziert, verfüge über hervorragende Liquidität, setze eine erfolgversprechende Strategie um und sei profitabel geworden. «Das ist mehr, als vor

einem Jahr erwartet werden konnte», befindet Villiger. Gleichwohl sei die Bank einem «andauernden Trommelfeuer an Kritik» ausgesetzt.

Der alt Bundesrat räumt ein, die öffentliche Reaktion auf den Antrag, Décharge für die «kritischen» Jahre 2007 und 2008 zu erteilen, unterschätzt zu haben. «Aus heutiger Sicht war dieser Antrag nach wie vor folgerichtig, aber politisch unklug.» Es sei nicht leicht gefallen, der «dringenden Empfehlung» von politischer Seite und von Seiten der Aufsichtsbehörden, das Décharge-Traktandum 2007 und 2008 abzusetzen, nicht zu folgen. «Vertiefte Abklärungen» hätten aber ergeben, dass die nachträgliche Absetzung

des Traktandums zu «nicht zu unterschätzenden neuen rechtlichen Risiken» geführt hätte.

Villiger: Boni sichern Überleben

Der Präsident betont, dass es «jenseits von Gerichten und Strafjustiz eine moralische unternehmerische Verantwortung» gebe, die «schwer wiegt». Frühere UBS-Manager wie Ospel oder Wuffli hätten Verantwortung übernommen, indem sie freiwillig und ohne Anerkennung einer Schuld auf 70 Millionen Franken verzichtet hätten. Deziert verteidigt Villiger auch das Entlohnungssystem. «In den höheren Etagen» sei in den letzten Jahren zweifellos übertrieben worden. Aber auf alle Boni zu verzichten und keine

marktgerechten Vergütungen zu zahlen, hiesse, der Bank die Chance auf Wiedererstarke und Überleben zu nehmen. «Deshalb muss ich die Kritik an unserer Vergütungspolitik klar zurückweisen.» Auch, weil die UBS schmerzhaft den Wegzug ganzer Teams mit guten Mitarbeitern erlebt habe.

Der lange Weg zurück

Konzernchef Oswald Grübel meint, heute – im Vergleich zum Vorjahr – eine grundlegend veränderte UBS präsentieren zu können. Allerdings sei es noch nicht ausreichend gelungen, das Vertrauen in die Bank wiederherzustellen. Das zeigen auch die Voten der Aktionäre. Sie äussern sich über die Zahlung von 3 Milliarden

Franken Boni in einem Geschäftsjahr tieferer Zahlen. Von «Dreck, der unter den Teppich gekehrt wird», ist die Rede. Von Villiger und Grübel als «Fehlbesetzung» an der Bankspitze. Von «schlecht gepflegten» und «bestohlenen» Aktionären. Von Unfähigkeit, die richtigen Lehren aus dem Subprime-Schlamassel zu ziehen.

Obwohl vom Rednerpult kaum ein gutes Wort an die Adresse der Bankspitze zu vernehmen ist, werden Jahresbericht und Konzernrechnung eindeutig und der umstrittene Vergütungsbericht 2009 immerhin mit 55 Prozent gutgeheissen. «Wir nehmen das ernst», sagt Villiger lediglich zu diesem Schuss vor den Bug.

Hans Bärtsch, Basel



4728 Aktionärinnen und Aktionäre der UBS, von denen sich über eine halbe Hundertschaft zu Wort meldeten, drängen sich an der Generalversammlung in Basel.

Bild: ky/Walter Bieri

«Ein starkes Signal an alle Verwaltungsräte»

Mit dem Nein zur Décharge 2007 zielen die Aktionäre der UBS vor allem auf deren früheren Verwaltungsratspräsidenten Marcel Ospel, wie der Berner Wirtschaftsrechtler **Peter V. Kunz** sagt. Und das Votum erhöhe die Verantwortlichkeit aller Verwaltungsräte von Publikumsgesellschaften.

Herr Kunz, wie lautet Ihr generelles Urteil zur Generalversammlung der UBS?

Peter V. Kunz: Der grösste Teil ist sehr positiv verlaufen für den Verwaltungsrat. Es herrschte eine relativ entspannte Stimmung, was mit dem Verdienst ist von VR-Präsident Kaspar Villiger. Dann aber kam die Verweigerung der Décharge 2007 als riesiger Donnerschlag. Das hat die Perspektiven für die UBS etwas verändert.

Inwiefern?

Kunz: Indem die Aktionäre zu allen anderen Traktanden Ja gesagt haben und das meist mit überwältigendem Mehr, signalisieren sie: Wir wollen nach vorne schauen. Mit dem Nein zur Décharge 2007 aber wollten sie ein Zeichen setzen in bezug auf eine Person: Marcel Ospel. Der frühere VR-Präsident ist ja auf die GV vom

April 2008 hin zurückgetreten. Wäre es den Aktionären auch um die ändern früheren Topmanager Kurer, Rohner und Wuffli gegangen, hätten sie ja auch die Décharge 2008 ablehnen müssen.

Was bedeutet das Ja zur Décharge für 2008 und 2009 juristisch?

Kunz: Die UBS kann keine zivilrechtlichen Klagen auf Schadenersatz gegen die damaligen Verantwortlichen anstrengen. Klagen könnten nur noch Aktionäre, und zwar innert sechs Monaten.

Und das Nein zur Décharge 2007?

Kunz: Es hat eine doppelte Bedeutung: Der Aktionär hat für zivilrechtliche Klagen keinen Zeitdruck mehr, sondern er könnte bis zur Verjährung klagen, die mehrere Jahre dauert. Allerdings halte ich Klagen aus dem Kreis der Aktionäre für absolut undenkbar,

da die Kostenfolgen für den Kläger prohibitiv sind. Für die UBS heisst es, dass sie weiterhin klagen kann. Die Frage ist, ob sie es auch muss.

Und? Muss sie oder nicht?

Kunz: Nein. Der Verwaltungsrat muss nach diesem Votum seinen Beschluss, auf Klagen zu verzichten, wieder erwägen. Aber Villiger hat bereits klargemacht, dass sich an diesem Entscheid nichts ändern wird. Man muss auch sehen: Das Nein zur Décharge 2007 ist mit 53 Prozent nicht überwältigend, und viele Aktionäre haben wohl auch ihrem Unmut freien Lauf gelassen. Ein wuchtiges Nein wäre ein deutlicheres Signal an den Verwaltungsrat gewesen.

Sehen Sie Anknüpfungspunkte für allfällige zivilrechtliche Klagen?

Kunz: Um das zu beurteilen, kenne ich die Fakten zu wenig. Die

UBS hat ja dazu zwei Rechtsgutachten erstellen lassen. Das eine kam zum Schluss, Klagen wären aussichtslos, das andere hielt fest, man könnte etwas machen. Zur Entscheidungsfindung des Aktionärs wäre es sinnvoll, die UBS würde diese Gutachten veröffentlichen.

Haben die Voten zur Décharge für die letzten drei Jahre Folgen strafrechtlicher Natur?

Kunz: Strafrechtlich ist das alles bedeutungslos. Allerdings haben die Staatsanwaltschaften von Zürich und von Basel bereits entschieden, dass sie auf Strafanzeigen gegen die früheren UBS-Verantwortlichen verzichten.

Wie beurteilen Sie die Abstimmung über den Vergütungsbericht mit 55 Prozent Ja zu 39 Prozent Nein?

Kunz: Ich hatte mehr Ablehnung erwartet. Zusammen mit dem

Nein zur Décharge 2007 könnte das Votum dennoch ein klares Signal an den UBS-Verwaltungsrat sein, auch bei dem umstrittenen Vergütungssystem nochmals über die Bücher zu gehen.

Was bedeuten die Resultate der GV für die Aktionärsdemokratie?

Kunz: Das Nein zur Décharge 2007 ist ein starkes Signal an alle Verwaltungsräte von Publikumsgesellschaften: Der Verwaltungsrat kann in Zukunft nicht mehr damit rechnen, dass ihm die Aktionäre die Décharge so ohne weiteres erteilen. Das erhöht die Verantwortlichkeit des Verwaltungsrates und ermahnt ihn zu grösserer Vorsicht.

UBS-Chef Oswald Grübel hat von der «neuen UBS» gesprochen. Haben Sie davon etwas festgestellt, auch in Richtung Kulturwandel?

Kunz: Die jüngsten Resultate mit Gewinnen in zwei Quartalen in Folge und einem gedrosselten Abfluss von Kundengeldern gegenüber dem Vorquartal sind positive Zeichen für die Bank. Von einem Kulturwandel hingegen spüre ich nichts. Es ist der UBS zu wünschen, dass die jetzige Spitze noch einige Zeit im Amt bleibt. Nur so kann die Bank zur Ruhe kommen, und die braucht sie.

Interview: Thomas Griesser Kym



Peter V. Kunz
Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern